

Straubhaar, Thomas

**Article — Published Version**

## Quo vadis Europa?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Straubhaar, Thomas (2002) : Quo vadis Europa?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 3, pp. 122-123

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41321>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

# Quo vadis Europa?

**K**eine Frage: Die Europäische Union (EU) braucht neue Kleider. Was 1957 für keine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von sechs Mitgliedern entworfen wurde, ist heute zu eng geworden. Die EU hat in den letzten Dekaden gewaltig an Gewicht zugelegt. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 15. Die Handelsgemeinschaft reifte zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) sowie Malta und Zypern stehen vor der EU-Beitrittstür.

Eine EU mit über 20 Mitgliedstaaten sprengt aber selbst den als weiten Mantel geschnittenen Vertrag von Amsterdam mit seinen zu bescheidenen Ergänzungen von Nizza. Damit steht die EU vor einem Dilemma. Entweder sie speckt ab, damit sie wieder in das schmalere Korsett früherer Jahre passt. Oder die EU findet eine neue institutionelle Passform, die ihrer gewachsenen Statur gerecht wird. Der Suche nach einer tragfähigen Lösung dient der am 28. Februar 2002 eröffnete Konvent der EU. Der EU-Reformkonvent versammelt rund 100 Delegierte aus den EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission, und selbst die MOEL sind vertreten.

Der EU-Konvent soll für das Europa von morgen die Baupläne skizzieren. Letztlich geht aber der Auftrag noch weiter. Ziel dürfte sein, die Grundsteine für eine EU-Verfassung zu legen, „die den Beginn des politischen Europa besiegelt“ (so der EU-Kommissionspräsident Romano Prodi). So löblich diese Absicht auch sein mag: Das entscheidende Problem der EU-„Verfassungsväter“ bleibt, dass sie keinerlei Kompetenzen haben. Sie sollen nur Vorschläge machen. So wird zwar viel geredet werden, aber der EU-Konvent wird nichts zu sagen haben. Entscheidungen bleiben weiterhin exklusiv der Regierungskonferenz der Staats- und Regierungschefs vorbehalten.

Der EU-Konvent wird wohl nur dann erfolgreich sein können, wenn er sich auf einen von einer breiten Mehrheit getragenen Reformkonsens einigen wird. Damit ist voraussehbar, dass dieser kleinste gemeinsame Nenner niemandem so richtig weh tun und somit auch kaum eine Neuausrichtung der EU ermöglichen wird. Schlägt der EU-Konvent hingegen Quantensprünge in neue europäische Dimensionen vor, die wenig Rücksicht auf nationale Interessen und Befindlichkeiten nehmen, werden die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihr alleiniges Recht pochen, das Reformmenü selber zusammenzustellen.

Was aber passiert, wenn es dem EU-Konvent nicht gelingt, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten? Was ist, wenn das maximal Erreichbare weniger bleibt als das minimal Notwendige? Wie geht es weiter, wenn die für eine funktionsfähige erweiterte EU unabdingbaren EU-Vertragsänderungen nicht rechtzeitig – nämlich vor der voraussichtlich 2004 fälligen Aufnahme neuer Mitglieder – zustande kommen? Wird dann auf Zeit gespielt, und werden die MOEL auf eine fernere Zukunft vertröstet? Spätestens hier stellt sich die Frage nach der Rückfallposition der EU. Dabei zeigt sich, dass möglicherweise viel für ein pragmatisches Vorgehen in Trippelschritten spricht, das – negativ etikettiert – auch als „Durchwursteln“ zu schnell und zu leichtfertig verpönt wird.

Bekanntlich gehört das Denken in Alternativen zum eisernen Bestand ökonomischen Handwerks. Demgemäß geht es weniger um die Suche nach besten Lösungen als um das Finden brauchbarer Antworten. Die zu bewältigenden EU-Reformen müssen nicht zu einer perfekten EU führen. Es genügt, wenn sie ein besseres Funktionieren Europas ermöglichen, als alle andern politisch machbaren Alternativen. Gerade deshalb scheint es in Erinnerung an gemachte Ver-



**Thomas Straubhaar**

---

sprechungen und mit Blick auf geweckte Hoffnungen und Erwartungen wenig sinnvoll, die EU-Osterweiterung zeitlich weiter aufzuschieben und sie gar von einem Erfolg des EU-Konvents und der darauf bauenden Regierungskonferenz abhängig zu machen.

Sache ist doch, dass es bei der EU-Osterweiterung zuallererst und in einem überwältigenden Maße um eine politische Zielsetzung geht. Der EU-Beitritt der MOEL markiert das Ende der Nachkriegsepoche und den Anfang eines Neuen Europas. Um es auf den Punkt zu bringen: In der mittleren Frist, die mindestens eine Dekade dauern wird, kann der Beitritt der MOEL zur EU ausschließlich politisch legitimiert werden. Es geht für das nächste Jahrzehnt allein um Politik, nicht um wirtschaftliche Vorteile für die heutigen 15 EU-Länder. Aus einer kurz-sichtigen ökonomischen Optik ist die EU-Osterweiterung für die EU-15 absolut unerheblich. Nach Berechnungen der EU-Kommission erreichen die Wachstumsimpulse der EU-Osterweiterung für die 15 heutigen EU-Länder in zehn Jahren insgesamt nicht einmal 1%. Zudem ließen sich nahezu alle wirtschaftlichen Vorteile einer Mitgliedschaft der MOEL auch ohne EU-Beitritt verwirklichen – beispielsweise durch bilaterale Verträge oder durch multilaterale Vereinbarungen im Rahmen der World Trade Organisation (WTO).

Im besten Fall kann der Ausbau nach Osten für die heutigen 15 Länder der EU gerade kostenneutral gestaltet werden. Es ist deshalb müßig und führt in der Bevölkerung möglicherweise sogar ins Abseits, wenn krampfhaft die wirtschaftliche Bedeutung der EU-Osterweiterung ins Feld geführt wird, um den EU-Beitritt der MOEL zu legitimieren. Es ist ökonomisch ehrlicher und damit letztlich auch politisch überzeugender, den langfristigen politischen Investitionscharakter der EU-Osterweiterung herauszustreichen. Mit dem EU-Beitritt werden weder in den MOEL die Landschaften sofort zu blühen beginnen, noch wird in der EU die Wirtschaft kurzfristig schneller wachsen. Zwar sind für die MOEL die positiven Beitrittseffekte deutlicher spürbar als für die EU selbst. Aber trotzdem gilt, dass erst in ferner Zukunft die Dividende einer EU-Osterweiterung eingefahren werden kann.

Wenn richtig ist, dass es bei der EU-Osterweiterung nahezu ausschließlich um Politik geht, dann muss doch auch ebenso ausschließlich die Frage im Mittelpunkt stehen, welche politischen Alternativen zu einer EU-Mitgliedschaft der MOEL denn wirtschaftlich günstiger wären. Freiheit, Sicherheit und Frieden sind nicht kostenlos zu haben – auch nicht für die EU. Wir stehen nicht am „Ende der Geschichte“, sondern spätestens seit dem 11. September 2001 vor der Wiederkehr der Geschichte. Die USA und ihr Präsident Bush haben als Konsequenz das Verteidigungsbudget über Nacht um Dutzende von Milliarden US-\$ aus-ge-weit. Wirkt es daneben nicht etwas kurzsichtig, auf der Baustelle Europa mit dem Taschenrechner in der Hand nur erbsenzählend die Ausbaurkosten der EU nach Osten zu betonen? Wie hoch wären die Alternativkosten, wenn vor der östlichen Haustür der EU tiefe national(istisch)e Gräben offen blieben? Um wie viel müssten dann die EU-Länder ihre Sicherheitsausgaben erhöhen?

Die „Verfassungsväter“ sollten einen neuen EU-Mantelvertrag schneiden, der zwar gut sitzt, aber doch große Bewegungsfreiheit lässt. Es dürfte genügen, nur die harten Kernbereiche des friedlichen Zusammenlebens in Europa verbindlich festzuschreiben. Für die weichere wirtschaftspolitische Schale hingegen bedarf es flexibler Mechanismen, um rasch und sachgerecht auf neue, zur Zeit noch völlig unbekannte Herausforderungen reagieren zu können. So würde auch die Gefahr verringert, heute vor dem EU-Beitritt der MOEL zusätzliche Hürden aufzubauen, die sich nach 2004 möglicherweise bald einmal als obsolet, überholt und unnötig herausstellen.